Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2000)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Autor: Schaer-Born, Dori / Andres, Dora

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418386

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

9. Verwaltungsbericht der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Direktorin: Regierungsrätin Dori Schaer-Born
Stellvertreterin: Regierungsrätin Dora Andres

9.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Folgende Schwerpunkte prägten das Berichtsjahr:
- Bernische Verkehrspolitik 2000 (BE VP 2000): Die Arbeiten am Bericht zur Bernischen Verkehrspolitik haben mit dem entsprechenden Regierungsratsbeschluss vom 7. Juni 2000 einen vorläufigen Abschluss gefunden. Es konnten Vorschläge für eine umfassende, integrierte und nachhaltige bernische Verkehrspolitik formuliert werden. Nach der Grossratsdebatte soll Anfang 2001 ein Berner Verkehrstag durchgeführt werden, um eine intensive Diskussion des Berichtes und der Umsetzung konkreter Massnahmen zu ermöglichen.
- Im öffentlichen Verkehr konnten mit dem Angebotsbeschluss und dem Investitionsrahmenkredit wichtige planerische und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden, um in den nächsten Jahren das bestehende Angebot gezielt zu verbessern. Und beim Individualverkehr bildet das ebenfalls im Berichtsjahr verabschiedete Strassenbauprogramm eine ähnliche Grundlage.
- 3. Energiebericht: Die Arbeiten für die Erstellung eines dritten Energieberichtes kamen plangemäss voran. So wurde die Etappe 1 mit der Evaluation der Berner Energiepolitik in den 90er-Jahren abgeschlossen und die Analyse der zukünftigen Strategie und Massnahmen eingeleitet. Der 3. Energiebericht soll gegen Herbst 2001 dem Regierungsrat unterbreitet werden.
- Minergie: Der Kanton Bern konnte seine führende Rolle in der Umsetzung des Minergiekonzeptes mit einem nachhaltig tiefen Energieverbrauch und der Förderung der Lebensqualität weiter ausbauen. Es sind verschiedene Veranstaltungen und Workshops für Fachleute und Immobilienvertreterinnen und -vertreter durchgeführt worden.
- Verhältnis des Kantons zu seinen öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (VKU): Der Vollzug wurde weitergeführt. Die meisten Beteiligungen konnten ins Finanzvermögen überführt und einige davon verkauft werden. Bei den Beteiligungen an der BKW FMB Energie AG und der BLS Lötschbergbahn AG waren die Auswirkungen der Marktöffnung in den Bereichen Energie und Verkehr zu berücksichtigen, weshalb Kooperations-, Allianz- und Beteiligungsmodelle erarbeitet bzw. umgesetzt wurden. Ende 2000 hat die Finanzdirektion die Federführung für die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe VKU in neuer personeller Zusammensetzung übernommen.
- BLS Lötschbergbahn AG: Im Sommer 2000 haben die Bahnunternehmen BLS und SBB eine Absichtserklärung betreffend Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Kanton Bern und der Bund haben dem Zusammenarbeitsmodell zugestimmt. Gegenwärtig laufen umfangreiche Arbeiten zur Konkretisierung und Umsetzung. Dem Grossen Rat soll im Herbst 2001 darüber Bericht erstattet und Grundsätze bezüglich Eigentümerstrategie und Ausrichtung der bernischen Bahnpolitik zum Entscheid vorgelegt werden.
- Der Übergang der Gymnasiumsliegenschaften per 1. Mai an den Kanton erhöhte den Gebäudebestand-Wert um rund 8 Prozent, was langfristig – gerade auch angesichts des grossen Unterhaltsnachholbedarfes von vielen der übernommenen Gebäude – zu beträchtlichem personellem und finanziellem Mehraufwand führen wird.
- Das FILAG führte dazu, dass im Berichtsjahr in zahlreichen Bereichen Gesetze anzupassen waren (Abfall, Abwasser, Wasser, Energie, Wehrdienste, Wasserbau und Strassen), welche nun dem Grossen Rat zur Beratung vorliegen.
- Einführung NEF in gesamter Direktion: Die BVE gehört zu den drei Direktionen der ersten NEF-Staffel. Die Einführungsarbeiten haben Direktion und Ämter während des ganzen Jahres sehr intensiv beschäftigt. Die Gliederung der Tätigkeit in Produkte und Produktegruppen aus Sicht der Leistungsempfängerinnen und Empfänger und die übergreifende Grundlagenarbeit führte einerseits zu einer sehr wertvollen Auseinandersetzung mit Inhalten und Zielen der eigenen Arbeit, war aber andererseits zeitlich äusserst belastend.

9.2 Berichte der Ämter

9.2.1 Generalsekretariat

Als Stabsorgan war das Generalsekretariat in die in Ziffer 9.1 oben aufgeführten Schwerpunkte und in verschiedene Tätigkeiten der Ämter involviert. Speziell hervorzuheben sind insbesondere auch:
- Planung: Intensive Mitwirkung bei der Erarbeitung des kantonalen Richtplanes und in diversen ESP-Projekten.
- Submission: Der Beirat für das öffentliche Beschaffungswesen hat am 15. November dem Regierungsrat den Bericht über sein 1. Tätigkeitsjahr vorgelegt: Insbesondere führte er Hearings mit drei BVE-Ämtern durch und regte eine verschärfte Kontrollpraxis bezüglich Einhaltung von Gesetz und Gesamtarbeitsvertrag an.
- Baukostenmanagement: Die beiden Bauämter (Hoch- und Tiefbauamt) haben sich auf ein gemeinsames Informatik-Instrument für das Baukostenmanagement geeinigt und im Rahmen einer Ausschreibung ein geeignetes Produkt evaluiert. Mehrere individuelle Applikationen, welche zurzeit noch bei den Bauämtern in Betrieb sind, können nach der Inbetriebnahme des neuen Systems stillgelegt werden.
- Internetauftritt: Wie die anderen kantonalen Direktionen hat auch die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern (BVE) an ihrem Internetauftritt gearbeitet. Seit dem 22. Juni 2000 stellt sich die BVE unter www.bve.be.ch mit ihren Sachzielen und ihrer Philosophie der breiten Öffentlichkeit vor. Die Homepage der BVE sieht sich als Plattform mit Links zu ihren einzelnen Ämtern und zu Informationen über deren Dienstleistungen. Dank des klar strukturierten BVE-Portals ist das Surfen durch das Internetangebot der Direktion für alle übersichtlich und einfach.
- Güterverkehr: Die vom Kanton Bern mitgetragenen Impulse für eine Umlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene sind von verschiedenen Transportunternehmungen aufgenommen worden: Die SBB gründeten eine Plattform Güterverkehr, die vor allem auch den kombinierten Verkehr fördern will. Die Regionalbahn Mittelland projektiert einen neuen Terminal.

9.2.2 Rechtsamt

Gesetzgebung
Die Arbeiten am Bergregalgesetz, die bis zur Rechtskraft des revidierten Steuergesetzes sistiert waren, sind wieder aufgenommen worden. Die Anpassungen ans FILAG in den Bereichen Abfall, Abwasser, Wasser, Energie, Wehrdienste, Wasserbau und Strassen haben das Rechtsamt im Berichtsjahr stark beschäftigt und liegen nun dem Grossen Rat zur Beratung vor.

Der Entwurf zu einem totalrevidierten Gesetz über den Beitritt des Kantons Bern zur interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (BeitrittsG) sieht ein vereinheitlichtes zweistufiges Beschwerdeverfahren für kommunale und kantonale Beschaffungen und damit eine Anpassung des Rechtsschutzes bei kommunalen Beschaffungen ans kantonale Recht vor. Im bis Ende Februar laufenden Vernehmlassungsverfahren wird mit einer Variante die Festsetzung von tieferen Schwellenwerten für kommunale Beschaffungen zur Diskussion gestellt.

Beschwerdewesen
Mit 279 Eingängen war die Beschwerdelast ähnlich wie im Vorjahr (1999: 291). Die Baubeschwerden nahmen etwas ab (1999: 205; 2000: 181), dafür nahmen die Beschwerden in den übrigen Bereichen zu. So waren 61 Beschwerden in Baupolizeisachen zu verzeichnen (1999: 48). Zum Thema Mobilfunk gingen 25 Beschwerden ein (1999: 34). Den 279 Neueingängen stehen 294 Erledigungen von Beschwerden gegenüber (1999: 266).
Die Verfahrensdauer ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen und betrug für Bewilligungsverfahren etwas mehr als fünf, für baupolizeiliche Verfahren etwas weniger als fünf Monate. Dass die Verfahrensdauer bei weniger Eingängen und trotz erhöhter Erledigungsrate zugenommen hat, hat verschiedene Erklärungen: Im Geschäftsjahr wurden überdurchschnittlich viele aus früheren Jahren stammende Beschwerdeverfahren erledigt, die mit einer langen Verfahrensdauer zu Buche schlagen. In anderen Bereichen als dem Beschwerdebereich war das Rechtsamt mit aufwändigen Geschäften befasst, zudem hat es auf Grund der Sparmassnahmen 20 Stellenprozente abgebaut.

NEF 2000
Auch das Rechtsamt ist mit den Vorarbeiten für die Einführung von NEF befasst. Es arbeitet zudem in einem Projekt mit, das die Übertragbarkeit der NEF-Grundsätze auf die Verwaltungsrechtspflege prüft.

Das Rechtsamt im Internet
Der Internetauftritt wurde sehr motiviert vorbereitet und erfolgreich gestartet. Die vielfältige Kundschaft des Rechtsamtes findet auf der Internetseite insbesondere Hinweise auf aktuelle Beschwerdeentscheide und Rechtsetzungsaufgaben.

9.2.3 Koordinationsstelle für Umweltschutz

NEF im Dienste der Umweltkoordination
Die Vorbereitungen zur Einführung von NEF waren im Berichtsjahr sehr aufwändig. Neben den verschiedenen Problemen im Zusammenhang mit der ausgesprochenen Querschnittsaufgabe der Koordinationsstelle eröffneten sich auch Perspektiven zur verstärkten Koordination der Fachstellen durch geeignete Absprache der Wirkungs- und Leistungsziele im Umweltbereich.

Optimierung Umweltschutz-Vollzug
In einem kurzen Bericht zuhanden des Regierungsrates wurden die aktuellen Probleme im Vollzug des Umweltschutzes samt Möglichkeiten zur Verbesserung aufgezeigt. Drei Schwerpunkte wurden identifiziert:
- Kundenorientierung und übereinstimmender Auftritt der Fachstellen,
- Zusammenarbeit der kantonalen Fachstellen mit den zuständigen Behörden in den Amtsbezirken und Gemeinden,
- Vollzugskontrolle.

Die ersten Schritte sind eingeleitet.

Wirtschaft, Umweltschutz und Raumplanung verknüpfen
Auch im Berichtsjahr trug die KUS dazu bei, dass der latente Widerspruch zwischen den Zielen der Raumplanung und des Umweltschutzes im Bereich der Luftreinhaltung abgebaut werden konnte. Das Fahrtenmodell und dessen Abstimmung mit der Revision des kantonalen Richtplanes und der Überarbeitung des Massnahmenplanes Luftreinhaltung wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen weiterentwickelt. Die KUS hat dabei die Umweltanliegen eingebracht. Die ersten positiven Rückmeldungen aus Wirtschaftskreisen und konkrete Projekte (Einkaufszentrum Centre Boujean in Biel, Wankdorfstadion in Bern, Fachmärkte in Schönbühl) bestätigen die in das Modell gesetzten Hoffnungen. Noch bleiben allerdings ein paar knifflige Fragen, insbesondere zum Controlling.

Die nachhaltige Entwicklung im Kanton Bern fördern
Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der KUS erarbeitete einen Leitfaden (Entwurf), der die Submissionsstellen des Hoch- und Tiefbauamtes unterstützen soll, bei den Submissionen die Ziele der Nachhaltigkeit vermehrt zu berücksichtigen. Der Entwurf soll Anfang 2001 dem Beirat für das öffentliche Beschaffungswesen vorgestellt werden.
Zusammen mit der sanu (Schweizerische Ausbildungsstätte für Natur- und Umweltschutz) wurde für die Gemeinden ein Workshop mit dem Titel «Umsetzung der lokalen Agenda 21 in den Gemeinden des Kantons Bern» durchgeführt, der von Vertreterinnen und Vertretern von über 20 Gemeinden besucht wurde.
Seitens der Gemeinden mehren sich die Anfragen bezüglich finanzieller und/oder personeller Unterstützung durch den Kanton. Auf Grund der personellen Situation ist es der KUS fast nicht möglich, mehr als nur allgemeine Informationen weiterzuleiten. Zu einzelnen Gemeinden bestehen engere Kontakte. Leider erlaubt es die rechtliche Situation der KUS nicht, mit finanziellen Anreizen die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 auf Gemeindeebene zu fördern.

Gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten
Als wichtiger Schritt in Richtung abgestimmter Umweltkommunikation wurde unter der Federführung der KUS das gemeinsame Internet-Einstiegsportal «Berner Umwelt» (www.be.ch/umwelt) der bernischen Umweltschutzverwaltung im Frühjahr 2000 aufgeschaltet und danach laufend aktualisiert.
Im Bereich audiovisuelle Medien und Printmedien wurden mehrere Projekte, an denen die KUS massgeblich mitbeteiligt war, zum Abschluss gebracht:
- Herausgabe des Handbuchs «Wirtschaftliche und umweltschonende Gebäudereinigung» der Interessengemeinschaft Ökologische Beschaffung (IGÖB).
- Produktion eines Videos mit Lehrmittel zum Thema «Mobilität» des Info-Environnement.
- Dritte, aktualisierte Auflage des Vademecums «Zukunftsbeständige Gemeinde».

Mit Umweltverträglichkeitsprüfungen die Umweltbelastungen vermindern
Neu eingereicht wurden im Berichtsjahr 26 Projekte, gleich viele wie im Vorjahr. Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung widerspiegelt sich in den Anlagetypen, indem auffallend viele UVP-Projekte für Einkaufszentren (Fachmärkte), industrielle Anlagen sowie Sport- und Freizeitanlagen eingereicht worden sind. Bei 32 Projekten konnte der Leitbehörde, in der Regel innerhalb der gesetzten Behandlungsfristen, Antrag gestellt werden, was einen neuen Höchststand bedeutet (Vorjahr: 19 Anträge). Ungebrochen ist der Trend, wonach die Koordinationsarbeit bei Grossprojekten anspruchsvoller und damit zeitintensiver wird (Mitarbeit in Projektkommissionen, Verfahrens- und Fachberatung, Umweltkoordination usw.).

9.2.4 Vermessungsamt

Vermessungsfixpunkte
Mit der Erhebung Operat 586 Guggisberg wurde das letzte, noch mit transformierten Koordinaten bestehende Lagefixpunktnetz er-

setzt. Wir verfügen heute bei über 50 Prozent der Kantonsfläche über ein erneuertes, benutzergerechtes Fixpunktnetz. Für die Höhenfixpunkte wurde zusammen mit den zuständigen Bundesbehörden ein realistisches Bearbeitungskonzept erstellt. Bis das Konzept offiziell genehmigt ist und die entsprechenden Verordnungen angepasst sind, wird mit der Umsetzung zugewartet.

Rege Vermessungstätigkeit
Der Ruf nach nummerischen Vermessungsdaten ist sehr gross. Ende des Jahres 2000 stehen für rund 46 Prozent der Kantonsfläche moderne Vermessungswerke zur Verfügung oder sind in Bearbeitung. Firmen, welche häufig nummerische Daten in verschiedenen Kantonen beziehen, empfinden die kantonal sehr unterschiedlichen Benutzungsgebühren als stossend. Zurzeit wird der Versuch unternommen, diesbezüglich unter den Kantonen eine Koordination zu erreichen.

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen werden aktualisiert
Das Projekt «Aktualisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen» ist angelaufen. Zurzeit werden in denjenigen Gebieten, in welchen eine ungenügende Aktualität der amtlichen Vermessungswerke vermutet wird (Amtsbezirke Burgdorf, Konolfingen, Signau, Thun, Trachselwald, Aarwangen, Frutigen, Laupen, Schwarzenburg, Seftigen und Wangen), die Grundbuchvermessungen überarbeitet. Die beiden ersten Realisierungseinheiten betreffen eine Gesamtfläche von 122 400 Hektaren, was einem Flächenanteil des Kantones von 20,4 Prozent entspricht. Mit der für den Sommer 2001 geplanten öffentlichen Ausschreibung der 3. Realisierungseinheit «Berner Jura» (Amtsbezirke Courtelary, Moutier und La Neuveville) sollen im Jahr 2001 weitere zirka 45 000 Hektaren zur Bearbeitung vergeben werden.
Dank dem Rückzug der dringlichen Motion Grunder/Hostettler (Nr. 042/00) ist das weitere Vorgehen beim Einführen der neu bestimmten landwirtschaftlichen Nutzflächen ins Grundbuch (GRUDA A47 und Capitastra) und in die Datenbanken der amtlichen Bewertung (GRUDA A45) und des Landwirtschaftamtes (GELAN) geklärt. Die Übernahme wird regionenweise in den Jahren 2002 (Emmental), 2003 (Oberland) und 2004 (Berner Jura) erfolgen. Mit der koordinierten Einführung der neuen Flächen in die unterschiedlichen Datenbestände der kantonalen Verwaltung werden die Anliegen der Interpellation Zaugg aus dem Jahre 1997 in den kommenden drei Jahren weitgehend erfüllt.
Mit dem Projekt «Aktualisierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen» entsteht über das ganze Kantonsgebiet eine digitale Orthofoto (entzerrte und zu einer «Bildkarte» zusammengefügte Luftbilder), die der kantonalen Verwaltung und gegen Gebühr auch weiteren Nutzerinnen und Nutzern (z. B. Gemeinden) zur Verfügung steht.

9.2.5 Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft

Abwasserentsorgung
In den letzten 30 bis 40 Jahren ist zur Ableitung und Reinigung der häuslichen und industriellen Abwässer eine umfangreiche und teure Infrastruktur an Kanalisationen, Regenbecken und Abwasserreinigungsanlagen erstellt worden. Der Wiederbeschaffungswert dieser Anlagen beträgt pro angeschlossene Person rund 9500 Franken, was einer Gesamtinvestition von 8,6 Mrd. Franken entspricht. Die Abwasserentsorgung hat sich damit zu einem Milliarden-Unternehmen entwickelt. Allein für die Werterhaltung (Abschreibung und Rückstellungen für Erneuerungen) sind pro Jahr 125 Mio. Franken erforderlich.
Zahlreiche Gemeinden und auch Abwasserverbände haben nur die eigenen Nettokosten der Anlagen abgeschrieben, nicht aber die erhaltenen Subventionen. Die Rückstellungen für Sanierungen und Erneuerungen sind deshalb in vielen Fällen ungenügend. Dies wirkt sich negativ aus, da Aufwendungen für Werterhaltungsmassnahmen beim Bund überhaupt nicht und beim Kanton nur in Ausnahmefällen beitragsberechtigt sind. Um zu vermeiden, dass Sanierungen und Erneuerungen in grösserem Umfang zu sprunghaften und erheblichen Gebührenanpassungen führen, verlangt die kantonale Gewässerschutzverordnung vom März 1999 minimale Einlagen in die Spezialfinanzierung «Werterhaltung», die nach der Lebensdauer der Anlagen abgestuft sind. Um die Gemeinden und Abwasserverbände auf die neue, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien orientierte Abschreibungspraxis vorzubereiten, wurden im Laufe des Jahres mehrere Tagungen durchgeführt und entsprechende Publikationen zum Thema veröffentlicht.

Stoffe und Bodenschutz
Zusammen mit den Kantonen Freiburg und Solothurn wurde – unter der Leitung des Amtes für Landwirtschaft (LANA) – das Informationssystem GELAN-2002 ESPACE MITTELLAND entwickelt. Dieses dient der Verwaltung von Agrardaten und der Leistung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen. Ein wichtiger Bestandteil des GELAN-2002 ist das Modul Gewässerschutz. Das GSA ist damit inskünftig in der Lage, beim Vollzug des Gewässerschutzes in der Landwirtschaft mit den gleichen Daten und dem gleichen System zu arbeiten wie das LANA.

Industrie und Gewerbe
Schwerpunkt der Arbeit bildete die Einführung und Systematisierung der betrieblichen Eigenkontrolle. Dies war mit zeitintensiven Abklärungen vor Ort und viel Überzeugungsarbeit bei den Betrieben verbunden. Die betriebliche Eigenkontrolle wird einerseits in der Eidgenössischen Gewässerschutzverordnung verlangt und ist anderseits auf Grund der Personalknappheit der GSA-Fachstelle eine Notwendigkeit. Dieses Projekt wird auch in den kommenden Jahren weiterverfolgt.
Dem Thema «Gewässerschutz auf Baustellen» wurde im Berichtsjahr spezielles Gewicht beigemessen. Es wurde ein Vollzugskonzept, ein neues Merkblatt sowie ein Plakat zwecks Aushang auf den Baustellen erarbeitet. Grundlage für den Vollzug ist die Norm SIA 431. Anlässlich von drei halbtägigen Veranstaltungen im Herbst (in Kirchberg, Spiez und Tramelan) konnten über 600 Interessentinnen und Interessenten von Bauunternehmen, Planungsbüros und Behörden über die SIA 431 und den Vollzug im Kanton Bern orientiert werden.

Abfallwirtschaft
Dank dem engen und regelmässigen Informationsaustausch mit den KVA- und Deponiebetreibenden und mit dem BUWAL konnte das Ablagerungsverbot für brennbare Abfälle trotz vollständiger Auslastung der Schweizer KVAs zufriedenstellend umgesetzt werden. Dennoch mussten im Kanton Bern rund 80 000 Tonnen brennbare bernische Abfälle abgelagert werden (in der ganzen Schweiz rechnet das BUWAL mit rund 400 000 Tonnen).
Mit Beschluss vom 6. September 2000 bewilligte der Regierungsrat einen Beitrag von rund 39 Mio. Franken an die geplante KVA Thun, nachdem das BUWAL bereits im Juni 40 Mio. Franken Bundessubventionen zugesichert hatte.
Die Regelung der Nachsorge für die Sondermülldeponie Teuftal wurde mit der Basler Chemischen Industrie vorangetrieben.
Im September und Oktober wurde eine breit angelegte, bei den Gemeinden gut angekommene Informationskampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung über die Folgen der unkontrollierten und illegalen Verbrennung von Abfällen durchgeführt.
Im Weiteren wurden Merkblätter zu Feuerwehrübungen sowie zur Schliessung illegaler Deponien erarbeitet. An verschiedenen Informationsveranstaltungen wurde der korrekte Umgang mit Abfällen (insbesondere Bauabfälle) vermittelt. In rund 150 Fällen von illegaler Abfallentsorgung waren Massnahmen zu ergreifen.

Grundwasserschutz, Deponien und Materialentnahmen
Bisher wurde im Kanton Bern die Qualität des Grundwassers nicht systematisch überwacht. Zwar werden die öffentlichen Trinkwasserfassungen seit langem regelmässig kontrolliert, diese Kontrollen beschränken sich jedoch in der Regel auf die Bakteriologie und die wichtigsten natürlichen Inhaltsstoffe und Eigenschaften des Wassers. Fremdstoffe wie z.B. Pestizide, die naturgemäss im Grundwasser gar nicht vorkommen sollten, wurden bisher aus verschiedenen Gründen kaum untersucht. Mit dem Grundwasserüberwachungsprogramm, das im Jahr 2000 gestartet wurde, soll diese Lücke geschlossen werden. Ziel dieser Überwachung ist die Ermittlung der langfristigen Entwicklung der Grundwasserqualität in den wichtigsten Grundwasservorkommen und Quellgebieten des Kantons, damit künftig bei nachteiligen Veränderungen rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden können. Dazu wurden 28 repräsentative Messstellen ausgewählt – verteilt über den ganzen Kanton –, denen einmal jährlich eine Wasserprobe entnommen wird. Bei der Auswahl der Messstellen wurde das Grundwasserüberwachungsprogramm des Bundes mitberücksichtigt. Die erste Messkampagne erfolgte im Herbst 2000. Probenahmen und Analysen erfolgten aus Kostengründen in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Solothurn. Die Daten werden periodisch ausgewertet und veröffentlicht.

Tankanlagen und Schadendienst
Mit der im September beschlossenen Änderung der Ölwehrverordnung wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass die Aufgaben der Öl-/Chemiewehr ab 2001 durch die Gebäudeversicherung des Kantons Bern (GVB) wahrgenommen werden können. Auf die Organisation des Schadendienstes GSA (24-Stunden-Pikett) hat dies jedoch keine Auswirkungen: Bei Ereignissen mit Wasser gefährdenden Flüssigkeiten ist weiterhin der Schadendienst GSA (über die Alarmorganisation der Kantonspolizei) aufzubieten.

Gewässer- und Bodenschutzlabor (GBL)
In den letzten 10 bis 15 Jahren haben die Bachforellenfänge in der Schweiz um rund 45 Prozent abgenommen. Eine vergleichbare Entwicklung ist leider auch in den Fliessgewässern des bernischen Mittellandes zu beobachten. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat 1998 ein entsprechend angelegtes Untersuchungsprogramm beschlossen. Aus den nun vorliegenden Ergebnissen können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden: Wild lebende Bachforellen aus alpinen Gewässern und Oberläufen von Voralpen- und Mittellandgewässern sind in ihrer Gesundheit nur geringfügig beeinträchtigt, während Fische aus Mittellandgewässern deutliche Organveränderungen zeigen. Dies könnte mit der Belastung durch Kläranlagen, Entwässerung, Landwirtschaft usw. zusammenhängen. Die Resultate der chemisch-analytischen ARA-Abwasseruntersuchungen zeigen erhöhte Konzentrationen an verschiedenen Chemikalien. Negative Auswirkungen auf Fische sind dabei nicht auszuschliessen, vor allem bei geringer Verdünnung im Gewässer.
Die Beeinflussung der Hydrologie des Einzugsgebietes des Brienzersees durch die Stromproduktion auf der Grimsel sowie die seit Jahren immer wieder zu Diskussionen Anlass gebende Trübung des Sees waren Thema eines im August 2000 vom GBL durchgeführten Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Kraftwerkbetreiberfirmen und der Verwaltung. Als eines der Resultate wurde eine engere Zusammenarbeit mit der Landeshydrologie bei der Messung der Trübung und Schwebstoffe der Aare vor der Mündung in den Brienzersee vereinbart. Sie beginnt im Frühjahr 2001.

9.2.6 Wasser- und Energiewirtschaftsamt

Das Betriebsergebnis des Amtes wird im Rahmen der Besonderen Rechnung detailliert erläutert.

9.2.7 Tiefbauamt

Das Betriebsergebnis des Amtes wird im Rahmen der Besonderen Rechnung detailliert erläutert.

9.2.8 Amt für öffentlichen Verkehr

Vollzug Angebotsbeschluss 1997 bis 2001
Auf den Fahrplanwechsel Ende Mai 2000 wurden nur wenige Angebotsanpassungen vorgenommen. Die wichtigsten sind:
- Zusatzzug S3 Büren a.A.–Bern in der Morgenspitze.
- Einführung eines neuen Buskonzepts in Burgdorf mit Bildung von Durchmesserlinien und einer verbesserten Koordination mit regionalen Buslinien.
- Aufnahme des Versuchsbetriebs der Buslinie Burgdorf–Gewerbezone Lyssach–Fraubrunnen.

Die im Angebotsbeschluss 1997 bis 2001 festgelegten Grundsätze, Angebotsziele und Prüfungsaufträge konnten unter Einhaltung der finanziellen Vorgaben erfüllt und abgeschlossen werden. Im Tarifbereich wurde das BäreAbi auf das gesamte Gebiet der regionalen Verkehrskonferenz Emmental erweitert.
Insgesamt konnte das Leistungsangebot leicht gesteigert werden. Die finanziellen Vorgaben für die Abgeltungen konnten eingehalten werden. Im Rahmen des jährlichen Offertverfahrens mit den Transportunternehmen wurden verschiedene Buslinien öffentlich ausgeschrieben. Die Vergabe der Buslinie Burgdorf–Fraubrunnen und der Busnetze Thun West und im Raum Bellelay konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Hingegen ist die Vergabe des Busnetzes im Raum Interlaken infolge einer hängigen Beschwerde blockiert. Für die noch hängigen Aufträge betreffend Betriebsumstellungen werden die notwendigen Entscheidungsgrundlagen bereitgestellt.

Investitionstätigkeit 2000
Im Berichtsjahr konnten folgende Infrastrukturinvestitionen abgeschlossen werden:
- Erstellung von seitlichen Perrons und Personenunterführung Kerzers (BLS)
- Personenunterführung Bahnhof Zweisimmen (BLS/MOB)
- Zugsicherung RBS
- Gleissanierung Muristrasse (SVB)
- Station Studen (SBB)

In Ausführung befinden sich folgende Infrastrukturprojekte:
- Doppelspuren Niederbottigen–Riedbach (BLS), Falkenhaus–Belp (BLS), Bätterkinden Süd (RBS), Vechigen–Boll inkl. Ausbau Station Boll (RBS)
- Betriebsleitsystem SVB
- Zugsicherungen RM und CJ
- Sanierung Tunnel Jaman (MOB)
- Verlängerung Personenunterführung Bahnhof Biel

Im Weiteren wurden die Busflotten der SVB und der VB mit insgesamt 30 Fahrzeugen erneuert. Bei RM, RBS und CJ sind Rollmaterialbeschaffungen im Gang.

Angebotsbeschluss 2001 bis 2005
Am 7. September 2000 hat der Grosse Rat den Beschluss über das Angebot im öffentlichen Verkehr für die Fahrplanperioden 2001 bis 2005 verabschiedet. Der Angebotsbeschluss sichert eine ausreichende Erschliessung des Kantons Bern mit öffentlichen Verkehrsmitteln für die nächsten vier Jahre. Mit wenigen Ausnahmen wird das bestehende Angebot weitergeführt. Dort wo eine Steigerung der Nachfrage zu erwarten ist, sollen gezielte Angebotsverbesserungen realisiert werden.
Im Rahmen dieses Angebotsbeschlusses hat der Grosse Rat auch folgende Entscheide getroffen:
- Kerzers–Lyss: Beibehaltung der Bahn mit einem stündlichen Angebot. Ergänzung durch eine stündlich verkehrende, um eine halbe Stunde versetzte Buslinie Aarberg–Lyss.

- Thun–Spiez–Reichenbach: Beibehaltung der Bahn auf der Teilstrecke Spiez–Reichenbach. Umstellung der Teilstrecke Thun–Spiez auf einen Busbetrieb im Halbstundentakt ab Fahrplanwechsel 2001.
- Ligerz–Prêles: Beibehaltung der Standseilbahn.

Investitionsrahmenkredit 2001 bis 2004
Am 22. November 2000 hat der Grosse Rat dem Investitionsrahmenkredit 2001 bis 2004 zugestimmt. Ein Teil der geplanten Investitionsvorhaben dient dem Vollzug des Angebotsbeschlusses. Weitere Investitionsvorhaben sind Voraussetzung für die Realisierung der Angebotskonzeption ab 2005.

9.2.9 **Hochbauamt**

Neben dem ordentlichen Geschäftsgang prägten Vorarbeiten zur Einführung von NEF 2000 die Aktivitäten des Hochbauamtes. Für die beiden Produktegruppen «Liegenschaftsbetrieb» und «Veränderung des Liegenschaftsbestands» galt es, die Gestaltung der entsprechenden Kern-, Geschäfts- und Arbeitsprozesse in Angriff zu nehmen. Die drei Kernprozesse Objektmanagement (Bewirtschaftung), Projektmanagement (Planung und Ausführung) und Facilitymanagement (Unterhalt) sollen inskünftig Betrieb und Veränderung des Liegenschaftsbestandes regeln. Dabei soll insbesondere dem Objektmanagement und der damit verbundenen nachhaltigen Optimierung des Liegenschaftsportfolios noch mehr Gewicht beigemessen werden.
Vielseitige und immer komplexere Aufgaben eines Baufachorgans erfordern ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement. Durch die Aneignung entsprechender Fachkompetenz hat das Hochbauamt begonnen, sein Managementsystem nach dem Managementmodell EFQM (European Foundation of Quality Management) zu entwickeln. Die beiden Schwerpunkte bilden die Definition der Mittel und Wege (Unternehmensführung, Personal, Strategie, Partnerschaften und Ressourcen sowie Geschäftsprozesse) und die Entwicklung der Innovations- und Lernprozesse anhand der laufenden Ergebnisse (Bereiche Personal, Kundinnen und Kunden, Gesellschaft und Unternehmen).
Für die kantonalen Gebäude und die Bauten mit kantonalen Subventionen konnte ferner ein Energieleitbild erarbeitet werden, das es in den kommenden Jahren umzusetzen gilt.

Objektmanagement
Umfangreiche Studien bezüglich Zustand, Bedarf und Eignung von Schulliegenschaften für die kantonalisierten Berufsschulen und die Fachhochschulen in Regionalzentren, die dezentrale Lehrerinnen- und Lehrerbildungsstandorte Langenthal und Biel sowie Bemühungen für die Landsicherstellung für kurz-, mittel- und langfristig erforderliche Erweiterungsmöglichkeiten der Sekundarstufe II in Thun prägten die Aktivitäten im Fachhochschul- und Schulbereich.
Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorbereitung der nötigen baulichen Infrastruktur für die kommenden studentenreichen Jahre (doppelter Maturandenjahrgang). Ein nicht unbedeutender Teil dieser Infrastruktur musste wegen des kurzfristigen Bedarfs mit der Zumietung von Liegenschaften abgedeckt werden. Die Beurteilung solcher Geschäfte ist Teil der intensiveren und umfassenderen Auseinandersetzung des Amtes mit Fragen des Objektmanagements.
Die spektakulärste Massnahme im Berichtsjahr war der Erwerb des von Roll-Areals für die Zwecke der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und der Universität in einem direktionsübergreifenden Einsatz. Mit dem Kauf war auch eine Bereinigung des eigentlichen Perimeters der Stadtuniversität verbunden, indem entschieden wurde, dass das Viererfeld veräussert und an Stelle dieser Reserve eine aktivere Liegenschaftsstrategie im Länggassquartier selbst befolgt werden soll.
Im Hinblick auf die Einführung der Kosten-, Leistungs- und Erfolgsrechnung (KLER) im Jahr 2003 muss ein effizientes Raumverrechnungssystem etabliert und 2002 in einer Testphase angewendet werden. Im Berichtsjahr wurde im Hochbauamt ein entsprechendes Konzept für die so genannte Gebrauchsmiete (eine Portfolio-gestützte, marktnahe und kostendeckende Miete) entwickelt, das im Folgenden ausgearbeitet und mit der Finanzdirektion (Liegenschaftsverwaltung) sowie dem NEF-Projekt koordiniert werden muss.

Projektmanagement
Ein bedeutender Teil der Kapazität wurde auf dem Insel-Areal für die Ausführung des INO-Projektes, die Frauenklinik und das Wirtschaftsgebäude, auf dem Uni-Areal für das Kantonale Labor (zweite Etappe Neubau am Bühlplatz) sowie für das Regionalgefängnis in Thun, die Sanierung des Gutsbetriebs für die Psychiatrische Klinik in Bellelay und die Gesamtunterbringung der Steuerverwaltung im alten Frauenspital eingesetzt. In der Planung wurden die Grossbauvorhaben Bettenhochhaus und Kinderklinik auf dem Insel-Areal, Umbau des alten Frauenspitals für die Gesamtunterbringung der Steuerverwaltung, Neubau Regionalgefängnis in Burgdorf, Departement klinische Studien, Kleintierklinik und Radiologie der Universität Bern sowie weitere zahlreiche kleinere Vorhaben bearbeitet.
Die erste Etappe des Projekts Umnutzung der Stallungen in der Kaserne Bern für die Hochschule für Musik und Theater konnte abgeschlossen und bezogen werden.

Facilitymanagement
Die konstante Betreuung zur Instandhaltung und Erneuerung der kantonalen Liegenschaften erheischt eine bedeutende Grundleistung von gut ⅓ der Kapazität des Amtes. Zusätzliche Leistungen erforderte die Behebung der Elementarschäden aus dem Vorjahr (Lothar-Sturm und Hagelschlag).
Mit dem Übergang der Gymnasiumsliegenschaften per 1. Mai 2000 an den Kanton wuchs der Gebäudebestand um weitere 0,3 Mrd. Franken oder um 8 Prozent. Nebst dem damit verbundenen zusätzlichen ordentlichen Unterhalt weisen viele der übernommenen Gebäude grossen Unterhaltsnachholbedarf auf.
Vom Gesamtgebäudebestand von rund 2000 kantonalen Gebäuden wurden 500 Objekte bezüglich Erdbebensicherheit überprüft (Kleinbauten und Gebäude mit geringer Personengefährdung werden ausgelassen). Bewertet wurden die Personengefährdung und die Einsturzwahrscheinlichkeit. Im Anschluss soll in einer zweiten Stufe im Jahr 2001 für rund 120 Gebäude mit bedeutender Personengefährdung oder bedeutender Einsturzwahrscheinlichkeit eine detaillierte Untersuchung mit Risikoermittlung und Ableitung entsprechender Sicherungsmassnahmen durchgeführt werden.

9.3 **Personal**

9.3.1 **Übersicht**

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2000

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Anzahl Frauen	in 100%-Stellen Männer	in 100%-Stellen Frauen	in 100%-Stellen Total
Generalsekretariat	19	12	17,90	11,10	29,90
Rechtsamt	7	9	4,95	6,00	10,95
Koordinationsstelle für Umweltschutz	4	3	3,55	2,25	5,80
Vermessungsamt	19	2	18,70	1,70	20,40
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	55	15	51,43	11,30	62,73
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	40	8	35,59	6,10	41,69
Tiefbauamt (NEF)	497	32	490,95	22,85	513,80
Amt für öffentlichen Verkehr	8	2	6,70	1,80	8,50
Hochbauamt	32	13	29,10	10,30	39,40
Total Direktion per 31. 12. 2000	681	96	658,87	73,40	732,27
Vergleich zum Vorjahr: 31. 12. 1999	680	92	658,72	71,05	729,77
	+ 1	+ 4	+ 0,15	+ 2,35	+ 2,50

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Anzahl Frauen	in 100%-Stellen Männer	in 100%-Stellen Frauen	in 100%-Stellen Total
Generalsekretariat	–	–	0,0	0,0	0,0
Rechtsamt	–	–	0,0	0,0	0,0
Koordinationsstelle für Umweltschutz	–	–	0,0	0,0	0,0
Vermessungsamt	–	–	0,0	0,0	0,0
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	–	–	0,0	0,0	0,0
Abwasserfonds	3	–	2,33	0,0	2,33
Abfallfonds	4	–	3,10	0,0	3,10
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	–	–	0,0	0,0	0,0
Tiefbauamt (NEF)	–	–	0,0	0,0	0,0
Amt für öffentlichen Verkehr	–	–	0,0	0,0	0,0
Hochbauamt	–	–	0,0	0,0	0,0
Total Direktion per 31. 12. 2000	7	–	5,43	0,0	5,43

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2000

Verwaltungseinheit	Punkteetat	Verbrauchte Punkte	Reservepool
Generalsekretariat	3 624,068	3 211,800	+ 525,068
Rechtsamt	1 237,200	1203,700	+ 33,500
Koordinationsstelle für Umweltschutz	459,600	645,333	– 185,733
Vermessungsamt	2 095,200	2 089,647	+ 5,553
Amt für Gewässerschutz und Abfallwirtschaft	5 443,696	6 233,056	+ 38,640
Wasser- und Energiewirtschaftsamt (NEF)	(3 495,396	3 683,834	– 188,438)
Tiefbauamt (NEF)	(44 785,260	40 867,502	+ 3 917,758)
Amt für öffentlichen Verkehr	978,000	994,800	– 16,800
Hochbauamt	4 445,988	4 343,657	+ 102,331
Total Direktion per 31.12.2000	18 283,764	18 721,993	+ 502,571
Vergleich zum Vorjahr: 31.12.1999	18 139,764	18 662,220	+ 404,544
	+ 144,000	– 59,773	+ 98,027

* Abgaben an Regierungsrats-Pool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht mit dem Ergebnis «Punkteetat abzüglich verbrauchte Punkte» übereinstimmt.

Tabelle 3: Fluktuations- und Kündigungsrate

	2000	1999	1998	1997	1996
Etatstellen*	780,50	781,89	787,403	780,380	784,330
Besetzte Stellen per 31. 12.	737,25	736,81	742,189	744,250	755,140
Ausnützungsgrad	94,45%	94,23%	94,25%	95,37%	96,28%
Eintritte	79**	50**	33	29	25
Austritte	70	55	32	39	35
davon Kündigungen	23	22	11	16	12
davon befr. Anstellungen	25	–	–	–	–
davon Entlassungen	–	3	–	–	1
davon Pensionierungen	22	28	21	20	22
davon Todesfälle	–	2	2	3	–
Fluktuationsrate	8,96%	7,00%	4,06%	4,99%	4,46%
Kündigungsrate	2,95%	2,80%	1,39%	2,05%	1,53%

* = ohne 10,95 RR-Pool-Stellen und 5,427 drittfinanzierte Fondsstellen
** = inkl. 1 Lehrtochter und 1 Lehrling

Tabelle 4: Lohnstruktur nach Geschlechtern

	Total	davon Frauen absolut	davon Frauen in %	(1998)	davon Männer absolut	davon Männer in %
Gehaltsklassen 27–30	17	3	17,6	(17,6)	14	82,4
Gehaltsklassen 21–26	178	20	11,2	(9,0)	158	88,8
Gehaltsklassen 15–20	190	11	5,8	(5,4)	179	94,2
Gehaltsklassen 7–14	405	66	16,3	(15,9)	339	83,7
Gehaltsklassen 1– 6	24	1	4,2	(6,3)	23	95,8
Total	814	101	12,4	(11,8)	713	87,6

Der Frauenanteil konnte in vier der sechs Gehaltsklassengruppen gesteigert werden. So resultierte eine leichte Steigerung des Frauenanteils auf 12,4 Prozent.

9.3.2 Personelle Änderungen auf der Führungsebene

Im obersten Kader fand kein Wechsel statt.

9.3.3 Ausbildung auf Direktionsstufe

Die Direktionsklausur des höheren und mittleren Kaders vom 30./31. Oktober war als Zukunftswerkstatt organisiert. Wie sehen die Aufgaben unserer Direktion in 10 oder 15 Jahren aus, wie sieht die Form der Zusammenarbeit über die Amtsgrenzen hinweg aus, was wird die Gesellschaft dannzumal bewegen? Diese und weitere Fragestellungen dienten dazu, langfristige Perspektiven entwickeln zu können.
Die Kader der BVE wurden im Berichtsjahr intensiv auf die neuen Abläufe und Aufgaben mit NEF geschult. An verschiedenen Workshops wurden die Grundbegriffe der neuen Verwaltungsführung vermittelt, um dann in amtsspezifischen Arbeitsgruppen auf die Bedürfnisse und Besonderheiten der jeweiligen Ämter angepasst zu werden.
Die Personal- und Betriebskommission der BVE organisierte über das Winterhalbjahr Mittagsvorträge, die bei den Mitarbeitenden grossen Anklang fanden. Eine Fortsetzung wird diskutiert.

9.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Vor allem in der zweitobersten Lohngruppe der Tabelle 4 (Gehaltklassen 21–26) konnte der Frauenanteil im Berichtsjahr markant gesteigert werden: Von 15 auf 20 Frauen (+ 33%). Ansonsten sind eher kleine Fortschritte zu vermelden, welche jedoch zeigen, dass Gleichstellungsfragen auch im Alltag ernst genommen werden:
- Die Förderung der in der Administration tätigen Personen (weiterhin häufig Frauen) in Richtung Sachbearbeitung geht weiter.
- Der reduzierte Wiedereinstieg nach einem (unbezahlt) verlängerten Mutterschaftsurlaub wurde vorbereitet.
- Wiewohl eines der technischen Ämter weiterhin Mühe hat, bei Stellenausschreibungen Frauen anzusprechen, ist es andern Ämtern gelungen, den Frauenanteil auch im technischen Bereich kontinuierlich zu steigern.
- Um den Telefondienst nicht einfach den Frauen des Administrativbereichs zu überlassen, hat ein Amt ganz bewusst auch Männer in diese für die ständige Präsenz des Amtes sehr wichtige Tätigkeit einbezogen.

9.3.5 Besondere Bemerkungen

Die BVE hat im Berichtsjahr zwei neue Lehrstellen im Bereich KV und Informatik geschaffen. Durch eine kontinuierliche Steigerung der Lehrstellenzahl soll ein Beitrag geleistet werden, die Lehrstellenknappheit zu mindern.
Praktisch in allen Tätigkeitsfeldern der BVE nimmt die Zahl von wichtigen und zum Teil strategischen Projekten stark zu. Zur Abwicklung braucht es manchmal zusätzliches Personal, das jeweils befristet für diese Aufgaben angestellt wird. Da es sich dabei häufig um hochqualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten handelt, stellen die vom Kanton offerierbaren Anstellungsbedingungen zum Teil Hindernisse dar.
Der grosse Arbeitsdruck und die immer knapperen Bearbeitungsfristen hinterlassen Spuren, insbesondere auch beim Kader. Viele beklagen sich über Dauerstress und fühlen sich ausgebrannt. Bereits ist es zu gesundheitlichen Reaktionen gekommen, die als Warnsignale nicht übersehen werden dürfen.

9.4 Vollzug der Richtlinien der Regierungspolitik

824 Aufgabenfeld Gewässerschutz und Abfall

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
824.1 Die Qualität von Gewässern und Boden als Lebensgrundlage erhalten und verbessern. Förderung einer umweltschonenden und volkswirtschaftlich tragbaren Abfallverminderung und -entsorgung			
824.1.1 Gefährdungen erkennen und eliminieren.	1	Daueraufgabe	Daueraufgabe
824.1.2 Optimaler Einsatz der finanziellen Mittel zur Werterhaltung der Infrastruktur (VOKOS umsetzen).	1	Einlagen in Spezialfinanzierung «Werterhaltung» gemäss Artikel 32 KGV: ab 1. Jan. 2001 60 Prozent ab 1. Jan. 2005 100 Prozent	Überprüfung der Gemeinderechnungen durch Regierungsstatthalterämter
824.1.3 Sicherstellen der notwendigen Abfallentsorgungskapazitäten (Deponieverbot 2000 umsetzen, Verminderung illegaler Entsorgung).	1	2005 Inbetriebnahme KVA Thun	Deponieverbot wird soweit möglich umgesetzt. Entsorgungskapazität wird mit Bau KVA Thun 2005 geschaffen. Beschwerden hängig.

825 Aufgabenfeld öffentlicher Verkehr

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
825.1 Den regionalen und den Nahverkehr erhalten und gezielt ausbauen. Anbindung an das Hochleistungsnetz im internationalen Verkehr.			
825.1.1 Koordinierte, effizienzorientierte Angebotsplanung und -bestellung.	1	Regionalverkehr 2001–2005 Internationaler Verkehr 2007	GR hat Angebotsbeschluss am 7. September und Investitionsrahmenkredit am 22. November verabschiedet. Gründung der CISL (Conférence intercantonale Simplon/Lötschberg). Dokumentation über Forderungen der CISL über den Betrieb der Achsen Genf/Basel–Milano in Arbeit.
825.1.2 Unterstützung Projekte Bahn 2000 und NEAT, Optimierung Anschlüsse TGV, ICE, Pendolino.	1	Bahn 2000: 2005 NEAT-Lötschberg: 2007 Anbindung der Schweiz an Hochleistungsnetz Europas; Realisierungszeitpunkt hängt von der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel des Bundes (gemäss FINÖV) ab.	Neubaustrecke Mattstetten–Rothrist, Basistunnel Lötschberg sowie Streckenausbauten Iselle–Domodossola–Novara im Bau. Baufortschritte in der Schweiz gemäss Terminplan. Verzögerungen auf italienischem Gebiet. Bilaterales Abkommen mit Frankreich und Deutschland abgeschlossen, mit Italien noch hängig.

826 Aufgabenfeld Energie und Wasser

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
826.1 Umweltschonende, wirtschaftliche und sichere Energie- und Wasserversorgung.			
826.1.1 Umsetzung der Ergebnisse des Energiedialogs; Erarbeitung konsensfähiger Lösungen unter veränderten Rahmenbedingungen (Marktöffnung).	1	Dritter Energiebericht im Jahr 2001 fertig. Marktöffnung Elektrizität gemäss Vorgaben Bund.	Energiebericht in Arbeit. Massnahmendiskussion läuft. Notwendigkeit der Anpassung Energiegesetz an EMG Bund wird geprüft.
826.1.2 Förderung der zweckmässigen und effizienten Energieanwendung (Energieberatung, Minergie-Label, Technologietransfer u. a.).	1	Beiträge und Energieeffizienz werden verknüpft. Stärkere Förderung MINERGIE ab 2001. Beitragsdekret zurzeit in Überarbeitung.	Vollzug ist direkt verknüpft mit finanziellen Mitteln und mit der Aktualität der gesetzlichen Grundlagen.
826.1.3 Zusammenfassen der Plangrundlagen aller Wasserversorgungen im Projekt «Reseau».	2	Das Projekt wird 2002 nutzbar sein.	Information der Gemeinden und Wasserversorgungen über Nutzen noch Ende 2001.

827 Aufgabenfeld Tiefbau

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
827.1 Koordinierte, angebotsorientierte Verkehrsplanung.			
827.1.1 Vollzug des bundesgesetzlichen Auftrages zur Fertigstellung des Nationalstrassennetzes.	1	Die Realisierung erfolgt nach Massgabe des langfristigen Bauprogramms des Bundes sowie der zur Verfügung stehenden Bundes- und Kantonsfinanzmittel.	Gearbeitet wird zurzeit an der Fertigstellung der Nationalstrasse N 16 Transjurane sowie N 5 Biel–Solothurn. Es verbleiben danach im Wesentlichen noch die Realisierung der Umfahrung von Biel sowie von vergleichsweise kleineren Massnahmen an diversen Achsen.
827.1.2 Gewährleistung einer angemessenen Erschliessung ländlicher Gebiete und wirtschaftlicher Zentren durch Kantonsstrassen.	1	Es handelt sich um eine Daueraufgabe im Rahmen des Vollzugs regionaler Richtpläne sowie der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.	Vollzug

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
827.1.3 Schutz vor schädlichen Immissionen des Strassenverkehrs.	1	Wahrnehmung einer gesetzlichen Aufgabe. Die Vorgabe (Vollzug bis 2002) kann auf Grund der finanziellen Ressourcen und von Verzögerungen (z.B. zeitraubende Absprachen mit Grundeigentümerinnen und -eigentümern beim Einbau vom Lärmschutzfenstern) nicht eingehalten werden. Wahrscheinlicher Realisierungshorizont: Nationalstrassen bis 2007, Kantonstrassen bis 2020.	Der Schwerpunkt der gegenwärtigen Bemühungen liegt beim Lärmschutz. Im Berichtsjahr erhielt das Projekt Seftigenstrasse Wabern den ATU-Prix sowie den Innovationspreis Fussverkehr.
827.2 Langfristige Werterhaltung der Infrastruktur Nationalstrassen und Kantonsstrassen.			
827.2.1 Prioritätensetzung in der Planung und Mittelverwendung (Verlagerung vom Neubau hin zu Umgestaltung und Unterhalt).	1	Daueraufgabe	Im Bereich Nationalstrassen ist in 1. Priorität der eidgenössische Netzbeschluss zu vollziehen; hier besteht wenig Handlungsspielraum. Im Bereich Kantonsstrassen ist die Verlagerung zur Umgestaltung voll im Gang. Es wird nur noch eine vergleichsweise bescheidene Zahl an Neubauten erstellt, worunter insbesondere im Zusammenhang mit Entwicklungsschwerpunkten sowie Erschliessungen (z.B. Erschliessung Flughafen Belp und Umfahrungsstrasse Worb).

828 Aufgabenfeld Hochbau

Ziele/Massnahmen	Priorität	Realisierungshorizont	Vollzugsstand/Vollzug
828.1 Werterhaltung der Infrastruktur.			
828.1.1 Bereitstellen qualitativ hoch stehender Gebäude von langer Lebensdauer.	1	Daueraufgabe	– Systeme unterschiedlicher Lebensdauer und Zweckbestimmung werden in Planung und Ausführung konsequent getrennt, damit ihre Erneuerung zum technisch spätest möglichen und betrieblich frühest erforderlichen Zeitpunkt möglich ist. – In die Um- und Neubau- resp. Umnutzungsprojekte fliessen nebst einer langfristigen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unter Einbezug der zu erwartenden Folgekosten auch ökologische und soziale Zielsetzungen mit ein.
828.1.2 Zweckmässige Gebäudebewirtschaftung, Desinvestition.	1	Daueraufgabe	– Bevor Neuanlagen erstellt werden, wird direktionsübergreifend geprüft, ob Bestehendes durch geeignete betriebliche oder ergänzende bauliche Massnahmen besser genutzt werden könnte. – Die unter dem Titel «Überprüfung Bauorganisation» laufenden Arbeiten zur Konkretisierung und Realisierung von Reformvorstellungen im Bereich Raumressourcen werden in einem grösseren Gesamtzusammenhang bearbeitet und zeitlich mit dem Projekt NEF synchronisiert. Die Qualität der Resultate wird an den unter NEF allgemein verfolgten Zielen bezüglich Wirkungs-, Leistungs-, Führungs- und Kostenbeitrag laufend überprüft.

9.5 **Gesetzgebungsprogramm**

Stand per 31. Dezember 2000

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Bearbeitung im Grossen Rat
9.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm		
– Bergregalgesetz	1	2002
9.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulate		
Keine		
9.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
Abfallgesetz	1	2002
9.5.4 Andere Gründe		
– Folgeerlasse FILAG: (Abfall, Abwasser, Wasser, Energie, Wehrdienste, Wasserbau, Strassen)	4	Februar 2001
– Beitrittsgesetz (öffentliche Beschaffungen)	2	Dezember 2001

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen
1 = in Ausarbeitung
2 = in Vernehmlassung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet
4 = von der Kommission behandelt
5 = vom Grossen Rat verabschiedet
6 = Referendumsfrist läuft
7 = vor der Volksabstimmung
8 = zurückgewiesen

9.6 Informatik-Projekte (Übersicht)

Dienststelle	Projekt/Anwendung	Investition (in 1000 Fr.)	Produktionskosten bei Vollbetrieb (in 1000 Fr.)	Produktionskosten im Berichtsjahr (in 1000 Fr.)	Realisierungszeitraum
4990 100 201/202/...	INFOREIT	226,8	[1]	1 800	in Betrieb
4990 100 206	MigMac	467,6	–	–	2000/2002
4990 100 203	BRW-2000	1 310,9	290	–	1999/2001
4990 100 207	GEODAT-View	83,9	100	–	2000/2001
4990 100 204	ERSAVER	146,8	40	–	2000/2001
4950 100 22	WAWIS	79,3	70	30	1995/2002
4950 100 46	WAWIS Reseau	52,7	100	–	1999/2001
4960 100 262	BERNA-STRADA-DB	395	100	–	1995/2001
4960 100 263	Gewässernetz-GIS	271	25	–	1995/2000
Total		3 034	725	1 830	

[1] Die Kosten des Vollbetriebs sind nicht definierbar, da INFOREIT für die Basisinfrastruktur/Büroautomation der BVE steht und kein abgeschlossenes Projekt ist.

9.7 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Amt	ASP-Nr.	Kurzbezeichnung Staatsbeitrag	Det.-Grad/Planjahr	Status	Folgeschritte
AöV	BVE00001	Leistungsvereinbarungsentschädigungen (Eisenbahngesetz)	G/2000	in Arbeit	
WEA	BVE00009	Staatsbeiträge an die Energieversorgung	D/1999	in Arbeit	
GSA	BVE97991	Beiträge aus dem Fonds für Abwasserentsorgung	G/2000	in Arbeit	

9.8 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

9.8.1 Abschreibung von Motionen und Postulaten

9.8.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Motion 174/97 Graf vom 17. November 1997 betreffend Strassenrechnung (überwiesen am 11. 6. 1998 als Postulat). Der Regierungsrat hat am 2. Februar 2000 vom Schlussbericht zur Strassenrechnung des Kantons Bern Kenntnis genommen, und der Bericht wurde am 9. November dem Kontaktgremium Kanton – Gemeinden unterbreitet.

Motion 213/97 Pauli vom 27. November 1997 betreffend Transjurane-Anschluss im St. Immertal (überwiesen am 18. 3. 1998). Die Arbeiten gemäss regierungsrätlicher Antwort auf den Vorstoss konnten vollumfänglich ausgeführt werden, ebenso die im Vorjahresbericht erwähnten Steinschlagverbauungen entlang der sanierten Kantonsstrasse. Damit ist den Anliegen des Motionärs entsprochen worden.

Motion 038/98 Ermatinger vom 5. Februar 1998 betreffend kombinierter Verkehr (überwiesen am 10. 6. 1998). Mit Unterstützung des Kantons ist es dem Regionalverkehr Mittelland in Zusammenarbeit mit den Transportfirmen Dreier und P&O/ROBA gelungen, in Wiler bei Utzenstorf einen Terminalstandort für den kombinierten Verkehr zu finden. Wiler kann bei einem Wirkungskreis von 30 km einen grossen Teil des Kantonsgebietes abdecken. Erschlossen sind insbesondere die Regionen Biel, Bern, Oberaargau/Emmental und Teile des Berner Juras. Die Plangenehmigung für das Projekt ist in Vorbereitung, die Finanzierung inklusive Bundesbeiträge ist gesichert.

Motion 057/98 Daetwyler vom 10. März 1998 betreffend Zukunft der Bahnstrecken Biel–La Chaux-de-Fonds und Sonceboz–Moutier (überwiesen am 3. 9. 1998). Die Kreuzungsstationen Cortébert und Malleray wurden im Rahmen des SBB-Projektes «schlanke Infrastruktur» redimensioniert. Es wurden jedoch nur minimale Anpassungen vorgenommen. Bei Bedarf können die Kreuzungsmöglichkeiten mit wenig Aufwand wiederhergestellt werden. Die Trennung der Gleistrassen Biel–Neuenburg und Biel–Sonceboz ist im Bau. Sie erlaubt eine flexiblere Fahrplangestaltung und Betriebsabwicklung im Bahnhof Biel ab Juni 2001.

Motion 165/98 Strecker vom 31. August 1998 betreffend Sicherstellung des Regionalverkehrs auf der Bahnstrecke Biel–Neuenburg (SBB Linie 210) im Jahre 2001 (überwiesen am 30. 6. 1999: Ziff. 1 und 2 als Motion, Ziff. 3: erfüllt/abgeschrieben). Die Regionalzüge Biel–Neuenburg werden ab Fahrplanwechsel 2001 wie bisher weitergeführt. Die Einführung des Halbstundentakts der Schnellzüge Biel–Bern ergibt etwas bessere Anschlüsse in Biel. Während der Expo. 02 sind keine Fahrplanverdichtungen für die Regionalzüge vorgesehen. Im Falle grösserer Nachfrage können die Regionalzüge mit zusätzlichen Wagen verstärkt werden oder in Doppeltraktion verkehren. Die Beitragskürzungen des Bundes haben zu keiner Veränderung des Fahrplanangebotes geführt. Mit dem Angebotsbeschluss des Grossen Rates vom 7. September 2000 ist das Regionalzugsangebot Biel–Neuenburg bis zum Fahrplanwechsel Ende 2004 gesichert.

Motion 173/98 Meyer vom 1. September 1998 betreffend raschere Verfahren bei der Überprüfung von Bauentscheiden (überwiesen am 30. 6. 1999 als Postulat). Der Motionär verlangte eine Änderung der Bau- und Verfahrensgesetzgebung mit dem Ziel, die Verfahrensdauer von Baubeschwerden sowie Verwaltungsgerichtsbeschwerden in Bausachen zu kürzen. Die Regierung beantragte Ablehnung der Motion. In der parlamentarischen Diskussion verzichtete der Motionär auf die Forderung nach Änderung der Gesetzgebung und wandelte den Vorstoss in ein Postulat um. Dieses wurde überwiesen. Die seither vergangenen eineinhalb Jahre haben gezeigt, dass die Verfahrensdauer vor allem auch direkt von der Geschäftslast und vom Personalbestand des Rechtsamtes der BVE abhängig ist. Gemessen an der in diesem Zeitraum gestiegenen Geschäftslast und sparbedingt reduziertem Personal ist die Verfahrensdauer nur geringfügig gestiegen. Die gesetzlichen Grundlagen wurden mit der Einführung des Koordinationsgesetzes und der Revision des Baugesetzes auf den 1. Januar 1995 entscheidend verbessert. Die Verfahrensabläufe und die Arbeitsmittel werden weiterhin optimiert.

Motion 063/99 Pfister vom 8. März 1999 betreffend die Simmentalstrasse, der Lebensnerv der Wirtschaft im Simmental und Saanenland (überwiesen am 9. 9. 1999). Die in Aussicht gestellte Korridorstudie Simmental wurde inzwischen in Zusammenarbeit mit dem Motionär, Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden, der Wirtschafts- und Tourismusverbände sowie mit Verkehrsplanenden erarbeitet. Sie trägt den im Vorstoss enthaltenen Anliegen voll Rechnung und wird dem Regierungsrat im Februar 2001 vorgelegt.

Motion 192/99 Donzé vom 6. September 1999 betreffend wintersichere Strassenführung Mitholz (überwiesen am 2.12.1999). Die Planungs- und Genehmigungsphase konnte im Berichtsjahr durchgeführt bzw. beendet werden. Der Baubeginn wird per Februar/März 2001 erfolgen. Die Inbetriebnahme ist auf Oktober 2002 geplant.

Motion 004/00 Gmünder vom 31. Januar 2000 betreffend Parkieren auf Privatgrundstücken – Anpassung der gesetzlichen Grundlagen Baugesetz (überwiesen am 22.11.2000 als Postulat). Dem Anliegen des Motionärs, die Bewilligung selbstständiger Parkierungsanlagen zu erleichtern, steht das kantonale Recht nicht entgegen. Die Stadt Biel ist denn auch daran gegangen, die vorhandenen Instrumente zu nutzen. Sie bereitet eine entsprechende Revision der Überbauungsordnung Gassmann-Areal vor.

9.8.1.2 *Ausserordentliche Abschreibungen*

Keine.

9.8.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

9.8.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Motion 002/98 GFL (Hofer) vom 4. Dezember 1997 betreffend Umweltgipfel von Rio-Agenda 21 in den Gemeinden des Kantons Bern (überwiesen am 11.6.1998 als Postulat). Auch im Berichtsjahr wurde wieder eine sehr gut besuchte Veranstaltung für kommunale Behörden durchgeführt. Die Unterstützung der Gemeinden bleibt eine Aufgabe in den nächsten Jahren.

Motion 074/98 Breitschmid vom 16. März 1998 betreffend nachhaltige Energieproduktion und Energieversorgung im Kanton Bern (überwiesen am 21.1.1999: Ziff. 4, 1. Satz als Postulat, Rest abgelehnt). Die vorhandenen Möglichkeiten werden im 3. Energiebericht aufgezeigt.

Motion 160/98 Kaufmann vom 31. August 1998 betreffend BLS-Strategien jetzt auf den Tisch (überwiesen am 18.11.1998). Im Sommer 2000 haben die Bahnunternehmen BLS und SBB in einem Letter of Intent eine Zusammenarbeit vereinbart. Die beiden Hauptaktionäre (Kanton Bern und Bund) haben dem Zusammenarbeitsmodell zugestimmt. Gegenwärtig laufen umfangreiche Arbeiten zur Konkretisierung und Umsetzung. Es ist vorgesehen, dem Grossen Rat im Herbst 2001 darüber Bericht zu erstatten und ihm Grundsätze bezüglich Eigentümerstrategie und Ausrichtung der bernischen Bahnpolitik zum Entscheid zu unterbreiten.

Motion 182/98 Boss vom 7. September 1998 betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit auf dem Velo-Schulweg Seftigen–Wattenwil (überwiesen am 9.9.1999: Ziff. 1,4,5 abgelehnt, Ziff. 2 als Postulat, Ziff. 3 und 6 erfüllt/abgeschrieben). Die Aufnahme des Vorhabens in das Strassenbauprogramm 2001 bis 2004 erfolgte im Berichtsjahr, zum Teil im Sinne des Motionärs. Die von ihm verlangte Temporeduktion auf 60 km/h wird durch das Strassenverkehrsamt geprüft.

Motion 183/98 Boss vom 7. September 1998 betreffend fehlende Radwegverbindung kantonale Velowanderroute Nr. 7 Burgistein-Station bis Lohnstorfbrügg (überwiesen am 30.6.1999 als Postulat). Die im Vorstoss enthaltenen Anliegen wurden erneut überprüft, was jedoch zu keinem anderen Resultat führte: Angesichts der finanziellen Situation sowie der geringen Priorität des Vorhabens ist die Aussicht auf eine baldige Realisierung nach wie vor gering.

Motion 019/99 Bichsel vom 17. Februar 1999 betreffend neue Erschliessung Flughafen Bern-Belp (überwiesen am 10.3.1999). Die Planauflage fand im März 2000 statt, und die Einspracheverhandlungen konnten anschliessend durchgeführt werden. Plangenehmigung und Kreditvorlage sind für 2001 vorgesehen.

Postulat 043/99 Studer vom 27. Januar 1999 betreffend Verkehrssituation bei der Ausfahrt A1 (überwiesen am 4.5.1999). Der Kreisel wurde im Dezember des Berichtsjahres definitiv in Betrieb genommen, wodurch der Verkehrsfluss wesentlich verbessert werden konnte. Weitere Massnahmen werden gegenwärtig geprüft. Mit dem Erschliessungsprojekt der neuen Fachmärkte soll der Verkehrsfluss beim Kreisel nochmals verbessert werden.

Motion 088/99 Donzé vom 8. März 1999 betreffend optimale NEAT-Verknüpfung für Frutigen (überwiesen am 30.6.1999). Die BLS-Alptransit AG hat die Variante «Unterquerung Bahnhof Frutigen» zu einem Vorprojekt weiter bearbeitet. Vorgesehen ist eine einspurige Unterquerung des Bahnhofs Frutigen (Wengi-Ey-Portal Basistunnel) und die Verlegung der Stammstrecke in der Wengi-Ey (Bündelung der Verkehrsträger). Die Region Kandertal und die betroffenen Gemeinden Frutigen und Reichenbach sind mit dem Vorprojekt grundsätzlich einverstanden. Die Auflage und die Einleitung des Plangenehmigungsverfahrens sind im Sommer/Herbst 2001 vorgesehen. Vorderhand nicht geregelt ist die Finanzierung der Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Variante ohne Umfahrung Frutigen. Der Bund erwartet einen angemessenen Beitrag des Kantons Bern für die erzielten Verbesserungen im Umweltbereich.

Motion 100/99 Gauler vom 26. April 1999 betreffend paritätische Kommission für NEAT-Basistunnels am Lötschberg (überwiesen am 20.6.1999). Beim Lötschbergbasistunnel ist der grösste Teil der Bauarbeiten vergeben worden. Die BLS-Alptransit als Erstellerin des Lötschbergbasistunnels ist dem Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BœB) unterstellt. Die Vergabeentscheide wurden den paritätischen Kommissionen unterbreitet und gutgeheissen. Es sind keine Verletzungen der vereinbarten Arbeitsbedingungen bekannt geworden.

Postulat 177/99 Sidler vom 6. September 1999 betreffend Gleich lange Spiesse bei den kantonalen Arbeitsvergebungen – keine Belohnung von schwarzen Schafen durch den Kanton Bern (überwiesen am 5.4.2000). Hoch- und Tiefbauamt befinden sich auf Empfehlung des Beirates für das öffentliche Beschaffungswesen seit 1. Juli in einer einjährigen Pilotphase. Sie verlangen von allen offerierenden Firmen Bestätigungen bezüglich der Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages sowie der Bezahlung von Steuern und Sozialversicherungen.

Motion 181/99 Bernasconi vom 6. September 1999 betreffend Verkürzung der Beschwerdefristen im Submissionsverfahren auf Gemeindestufe (überwiesen am 5.4.2000). Das Anliegen, die Beschwerdefristen bei kommunalen Beschaffungen zu verkürzen, wird im Vernehmlassungsentwurf für die Revision des Beitrittsgesetzes aufgenommen.

Motion 183/99 Gilgen-Müller vom 6. September 1999 betreffend Änderung des Energiegesetzes (überwiesen am 5.4.2000 als Postulat). Die Anliegen des Postulates werden in die auf Grund des 3. Energieberichtes und des Elektrizitätsmarktgesetzes notwendig werdenden Gesetzesanpassungen einfliessen.

Motion 193/99 Buchs/Jaggi/Lüthi vom 6. September 1999 betreffend «Hochwasser» rund um den Thunersee: Handlungsbedarf (überwiesen am 5.4.2000 als Postulat). Technische Abklärungen sind gemacht worden, eine Studie Naturschutz ist in Vorbereitung.

Postulat 194/99 Buchs/Jaggi/Lüthi vom 6. September 1999 betreffend «Hochwasser» rund um den Thunersee: Vorsorgliche Mass-

nahmen (überwiesen am 5. 4. 2000). Im Berichtsjahr sind Gefahrenhinweiskarten und Überflutungskarten erstellt worden.

Motion 198/99 Boss vom 7. September 1999 betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit auf dem Velo-Schulweg Rümligen–Riggisberg (überwiesen am 5. 4. 2000 als Postulat). Es wird geprüft, ob ein Radweg die zweckmässigste Lösung für die Umsetzung der Postulatsanliegen darstellt.

Postulat 199/99 Voiblet vom 9. September 1999 betreffend Verbesserung der Kantonsstrasse zwischen Souboz und Moutier (überwiesen am 5. 4. 2000). Im Sommer 1999 wurden auf dieser Strasse bereits Reparaturarbeiten zur Behebung der wichtigsten Schäden ausgeführt. Den weiteren Anliegen des Postulanten zur Verbesserung der Situation wird im Rahmen der finanziellen Verhältnisse Rechnung getragen werden.

Motion 252/99 Bourquin vom 16. November 1999 betreffend Lärmbekämpfung (überwiesen am 6. 6. 2000 als Postulat). Im Berichtsjahr konnten bereits erste Prüfungen in Gang gesetzt werden, deren Resultate jedoch noch nicht vollständig ausgewertet sind.

Motion 020/00 Kaufmann vom 31. Januar 2000 betreffend Verhandeln mit den SBB (überwiesen am 5. 4. 2000: Abs. 1 als Postulat, Abs. 2: Ziff. 1, 2 und 3 als Postulat). Mit RRB 889 vom 15. März 2000, behandelt in der April-Session 2000, legte der Regierungsrat einen Zwischenbericht zu dieser Motion ab. Eine weitere Berichterstattung im Sinne des Vorstosses folgt im Herbst 2001 (vgl. Bemerkungen zu M 160/98 Kaufmann hievor).

Motion 026/00 Gresch vom 31. Januar 2000 betreffend Die BKW bezieht Strom vom Solarkraftwerk Wankdorf (überwiesen am 6. 6. 2000 als Postulat). Eine entsprechende Intervention bei der BKW Energie AG ist erfolgt. Der definitive Entscheid steht allerdings noch aus.

Postulat 041/00 Siegenthaler vom 3. Februar 2000 betreffend Kanton berücksichtigt vermehrt Lehrbetriebe (überwiesen am 22. 11. 2000). Eine Arbeitsgruppe mit Leuten der Erziehungsdirektion und der Bau-, Verkehrs und Energiedirektion bereitet ein möglichst praktikables Instrument vor, welches die vermehrte Berücksichtigung von Lehrbetrieben im Rahmen von öffentlichen Beschaffungen erleichtern soll.

Postulat 045/00 Pauli vom 7. Februar 2000 betreffend Autostrasse Biel–Lyss (überwiesen am 22. 11. 2000). Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Sachplanes Strasse Schweiz soll das künftige Netz der Strassen von nationaler Bedeutung neu definiert werden. Der Kanton Bern wird sich in diesem Zusammenhang für eine Umklassierung einsetzen.

Motion 061/00 Gresch vom 9. Februar 2000 betreffend Agenda 21 für den Kanton Bern (überwiesen am 22. 11. 2000 als Postulat). Verschiedene Möglichkeiten, die nachhaltige Entwicklung auf kantonaler Ebene zu verstärken, werden direktionsübergreifend geprüft.

Motion 070/00 Gmünder vom 3. April 2000 betreffend Ausbau der Autostrasse T6, Lyss–Biel auf vier Spuren und Vollanschluss in Studen (überwiesen am 22. 11. 2000 als Postulat). Es kann auf P 045/00 Pauli hievor verwiesen werden. Was den Vollanschluss Studen betrifft, so wurde dieser ins Strassenbauprogramm 2001 bis 2004 aufgenommen.

Postulat 071/00 Gmünder vom 3. April 2000 betreffend Ausbau der Autostrasse T6 Lyss–Biel auf vier Spuren und Vollanschluss in Studen (überwiesen am 22. 11. 2000: Ziff. 1 als Postulat, Ziff. 2 erfüllt/abgeschrieben). Es kann auf P 045/00 Pauli und M 070/00 Gmünder hievor verwiesen werden.

Motion 077/00 Gresch vom 3. April 2000 betreffend Bahnhof Bern 2005 optimieren, bevor der Zug abfährt (überwiesen am 22. 11. 2000: Ziff. 1 und 3 als Postulat, Ziff. 2: erfüllt/abgeschrieben, Ziff. 4 als Motion). Ende 2000 wurde zwischen dem Kanton Bern und den Betreibenden der S-Bahn Bern (SBB, BLS, RM) eine Planungsvereinbarung abgeschlossen. Ziel der Planung ist eine möglichst gute Integration der S-Bahn in das Konzept Bahn 2000, 1. Etappe, mit Realisierungshorizont Fahrplanwechsel Ende 2004. Die Planung ist in verschiedene Teilprojekte (Markt, Angebot, Infrastruktur, Rollmaterial, kombinierte Mobilität, Wirtschaft, Marketing, PartnerInnen) gegliedert. Den Vorsitz in der Projektoberleitung übernimmt der Kanton Bern.
Der Planungsprozess für Bahn 2000, 2. Etappe, ist angelaufen. Ende 2000 konnten für den ESPACE MITTELLAND Trend- und Zielszenarien abgeschlossen werden. Im Verlauf des Jahres 2001 werden die Angebotsvorstellungen der einzelnen Akteure (Bund, Kantone, Transportunternehmen) formuliert und in einer Synthese festgelegt. Basierend auf diesem definierten Angebot werden anschliessend die dazu notwendigen Infrastrukturmodule abgeleitet. Der Kanton Bern übernahm die Projektleitung für die Arbeiten des ESPACE MITTELLAND und ist im Steuerungs- und Lenkungsausschuss des vom Bund geleiteten Gesamtprojektes vertreten.

Motion 092/00 Bichsel vom 3. April 2000 betreffend Verbesserung des Projektierungsablaufes im Wasserbau und Sicherstellung der Koordination zwischen den Beteiligten (überwiesen am 22. 11. 2000: Ziff. 1 als Postulat, Ziffer 2 abgelehnt). Die wasserbaupflichtigen Gemeinden und Landbesitzenden werden beim Erstellen des Gewässerrichtplanes regelmässig und frühzeitig begrüsst.

9.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Motion 073/96 Neuenschwander vom 11. März 1996 betreffend 3. Kantonaler Energiebericht (überwiesen am 4. 9. 1996). Der 3. Energiebericht ist in Arbeit.

Motion 192/96 Bhend vom 24. Juni 1996 betreffend Gleichbehandlung der Gemeinden bei den Baubeiträgen für Staatsstrassen (überwiesen am 29. 1. 1997 als Postulat). Dem Anliegen des Motionärs wird im Zuge einer nächsten Revision der Strassenbaugesetzgebung Rechnung getragen.

Motion 140/97 FDP/SVP (Neuenschwander/Marthaler) vom 1. September 1997 betreffend Strommarktliberalisierung und kantonale Energiepolitk (überwiesen am 27. 11. 1997). Ziffer 1 ist erfüllt, und Ziffer 2 wird im Rahmen des 3. Energieberichtes behandelt.

9.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Keine.

Bern, 2. März 2001

Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin: *Schaer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 11. April 2001